



DAS PATRIOTISCHE SIGNAL AUS KÄRNTEN

Mitteilungsblatt des Kärntner Heimatdienstes

Österreichische Post-AG
Sponsoring Post

Nr. 100 – August 2017

GZ02Z032719 S
Verlagspostamt 9020 Klagenfurt

KHD TÄGLICH AKTUELL IM INTERNET

www.khd.at

Wann kommen Sie uns besuchen?

Noch immer nutzt nur ein kleiner Teil unserer Bezieher die Möglichkeit, uns im Internet unter www.khd.at zu besuchen. Leider! Nur als unser ständiger Gast im INTERNET sind Sie am Laufenden! Nutzen auch Sie diese Möglichkeit und klicken Sie täglich www.khd.at an!

Wir bieten Ihnen:

Tagesaktuell alle den KHD und auch die KONSENSGRUPPE betreffenden Neuigkeiten. Unter anderem: Pressemitteilungen, Presseberichte über uns, DER KÄRNTNER als PDF-Datei zum Nachlesen und Ausdrucken, viele Details und Bilder über unsere Veranstaltungen.

Prognose: Zahl der Moslems wird sich in Österreich bis 2046 verdreifachen

Wir müssen die Herausforderung annehmen

Die Fakten: Wir beobachten seit Jahren eine Islamisierung, die durch eine ungehemmte Massenzuwanderung mit den Ausmaßen einer Völkerwanderung noch verstärkt wird.

Drei Millionen Menschen aus anderen Kulturkreisen sind seit 2015 illegal nach Europa gekommen

Die Hälfte davon nach Deutschland und Österreich. Weitere 250.000 werden bis Jahresende über die offene Mittelmeer-Route zuwandern. Hunderttausende anerkannte Asylanten, überwiegend Moslems, werden vom Recht auf Familiennachzug Gebrauch machen und damit die Zahl der Zuwanderer noch drastisch erhöhen. Und es ist kein Ende abzusehen: Eine Million Afrikaner wartet in Libyen auf die Überfahrt. Viele Millionen drängen nach.

Dem muss dringend gegengesteuert werden. Die Politik hat akuten Handlungsbedarf.

Unsere Politik hat die Dramatik der Entwicklung inzwischen erkannt und drängt mit Druck auf die EU auf „massive Reduzierung“ der Immigration. Um den Anreiz für Wirtschaftsflichtlinge nach Österreich zu kommen zu reduzieren, ist jedoch eine drastische Reduzierung der finanziellen Zuwendungen dringend notwendig. Dennoch: Nicht Reduzierung, der Totalstopp der Zuwanderung muss das Ziel sein. Das umso mehr, als eine jüngste Umfrage bei Moslems in Österreich erschreckende Defizite im Bereich der Integrationsbereitschaft ergeben haben.

Was tun? Neuer „Marshallplan“

Die EU-Außengrenze, insbesondere die Mit-

Von Josef Feldner



Schon vor einigen Jahren zogen Tausende Türken in Wien für Erdogan auf die Straße. Muslime prägen zunehmend unser Straßenbild.

telmeer-Route muss geschlossen werden. Dauerhaft gestoppt werden kann die Völkerwanderung aber nur vor Ort in Afrika. Mit einem „neuen Marshallplan“ einer Weltgemeinschaft in bisher nicht gekanntem Umfang.

Nicht mit herkömmlicher Entwicklungshilfe, die bekanntlich versickert, sondern mit gewaltiger Projektfinanzierung, mit umfassendem Know-how unter strenger Kontrolle durch die Geberstaaten und die internationalen Institutionen.

Handlungsbedarf haben aber auch die christlichen Kirchen, die Kulturschaffenden, die Massenmedien und jeder einzelne Bürger

Ein kraftlos wirkendes Christentum mit dramatischem Rückgang an Gläubigen steht einem wehrhaften, kraftstrotzenden Islam gegenüber. Halbleere Kirchen auf der einen, überquellende Moscheen auf der anderen Seite müssen die Alarmglocken in unserem Abendland läuten lassen.

Wir müssen dagegen ankämpfen, dass sich das Christentum selbst abschafft, dass wir es

nicht mehr wagen, unsere religiösen Symbole öffentlich zu zeigen, wir müssen unsere Religion mit althergebrachtem Brauchtum auch praktizieren. Wir müssen unsere kulturellen Werte wieder verstärkt pflegen, in Konzertsälen, im Theater, im Fernsehen, im Radio, in den sozialen Medien. Da sind unsere Kulturschaffenden, aber auch unsere Massenmedien aufgerufen, ohne Geringschätzung anderer Kulturen stolz und selbstbewusst unserem eigenen reichen Kulturgut noch viel größeren Platz einzuräumen als derzeit.

Die Migranten haben sich uns anzupassen

Es gibt keinen Grund unsere herkömmliche Lebensweise aus Rücksicht gegenüber Zugewanderten zu ändern. Wir müssen den Migranten klarmachen, dass nicht wir, sondern sie sich uns anzupassen haben, dass sie unsere nicht verhandelbare Leitkultur zu respektieren haben. Wir sind Teil des Westens, kulturell, geistig und politisch. Wir sind als Christen keine „Ungläubigen“ und wir werden uns gegen jegliche Form von muslimischer Missionierung zur Wehr setzen.

Und wir dürfen von allen Migranten, seien sie schon vor längerer Zeit oder erst jetzt zugewandert auch Dankbarkeit erwarten für die ihnen gebotene Möglichkeit an unseren demokratischen und sozialen Errungenschaften teilzuhaben.

Sind die Migranten bereit unsere Spielregeln zu akzeptieren und zu respektieren, sind sie bereit sich zu integrieren, dann werden auch wir ihnen mit Respekt vor ihrer Religion und ihrer Kultur im Rahmen unserer Rechtsordnung begegnen. Dann sind die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben gegeben. Dann verlieren Misstrauen, Sippenhaftung und Pausalverurteilung ihren Nährboden.



Die KHD-Delegation mit Mitgliedern des Vorstands der beiden Kanaltaler Kulturvereine im Kulturhaus. Bild rechts: „Scheckübergabe“ vor dem Kulturhaus in Tarvis von KHD-Obmann Josef Feldner mit seinen Stellvertretern Andreas Mölzer und Franz Jordan sowie Finanzreferent Walter Leitner an Obmann Karl-Heinz Moschitz und vier seiner Mitarbeiterinnen.



Foto: fritzpress

Kanaltal – unvergessenes Kärnten auch jenseits der Grenze

Heimatdienst intensiviert die Zusammenarbeit mit den Kanaltaler Kulturvereinen in Kärnten und in Italien

Spende für gemeinsames Kulturhaus in Tarvis

Am 4. Mai 2017 besuchte eine Delegation des KHD-Vorstands den „Kanaltaler Kulturverein Kärnten“ mit Obmann Karl-Heinz Moschitz, sowie den im benachbarten Italien beheimateten „Kanaltaler Kulturverein“ mit Obmann Alfredo Sandrini an der Spitze, in deren gemeinsamem Kulturhaus in Tarvis.

Beide 1979 gegründeten Kulturvereine sehen ihre Hauptaufgabe in der finanziellen wie

auch kulturellen Unterstützung der trotz NS-Umsiedlungsaktion im Zweite Weltkrieg in ihrer Heimat verbliebenen deutschsprachigen Kanaltaler im italienischen Grenzraum zu Kärnten.

Bei einem ersten Treffen im August vergangenen Jahres hatte Obmann Josef Feldner dem Vorsitzenden des „Kanaltaler Kulturvereins Kärnten“, Karl-Heinz Moschitz, die volle Unterstützung des Heimatdienstes zur Bewältigung dieser wichtigen Aufgaben zugesagt.

Im Verlauf des gestrigen Treffens konnte die KHD-Delegation eine schon Anfang dieses Jahres zugesagte Spende von 4.000 Euro zur geplanten Erweiterung der vom „Kanaltaler Kulturverein Kärnten“ genutzten Räumlichkeiten im gemeinsamen Kulturhaus übergeben.

Bei dieser Gelegenheit würdigte Feldner die gute Zusammenarbeit der beiden Kulturvereine und kündigte weitere gemeinsame Kulturveranstaltungen mit italienischen und auch slowenischen Kulturgruppen an.

Genzenlose Lebensgeschichten

„Unvergessenes Kärnten“ war Thema im Europahaus

Daran, dass es auch ein Kärnten jenseits der Landesgrenzen gibt, erinnerten die Plattform Kärnten und der Kärntner Heimatdienst im Klagenfurter Europahaus.

Urban Pufitsch erzählte dort die Geschichte seiner Familie, die während des Zweiten Weltkrieges vom Kanaltal nach Weitensfeld ausgesiedelt wurde, nach dem Krieg jedoch wieder auf ihren Hof in Camporosso/ Saifnitz zurückkehren konnte.

Karl-Heinz Moschitz, Obmann der Kanaltaler in Kärnten, und Raimondo Domenig, Stv.-

Obmann der Kanaltaler in Italien, sowie Heimatdienst-Obmann Josef Feldner und Heinz Stritzl freuten sich über zahlreiche Gäste.

Als Zeichen der Anerkennung für deren Arbeit konnte Josef Feldner den Vertretern des Kanaltaler Kulturvereins in Italien eine Erstspende von 1.000 Euro überreichen.



Unvergessenes Treffen: Moschitz, Domenig, Feldner und Stritzl.

Jahreshauptversammlung Entschließung an die Bundesregierung

In großer Sorge um die Zukunft unserer Heimat

Die Delegierten zur Ordentlichen Jahreshauptversammlung beschlossen einstimmig eine **ENTSCHLIESSUNG** zu nachstehenden Themen:

- **Massenzuwanderung**
- **Ausbau der Versöhnungsarbeit**
- **Deutsche Volksgruppe in Slowenien**

Nachstehend eine Kurzfassung



Die Hauptversammlung sprach dem in dieser Zusammensetzung seit vielen Jahren bewährten Vorstand einstimmig ihr Vertrauen aus. Von links: Dipl.-Ing. FH Christian Kogler, Generalleutnant i.R. Arno Manner, EU-Abg. a.D. Andreas Mölzer, Dr. Josef Feldner, Franz Jordan, Regierungsrat Walter Leitner, RA Dr. Gert Seeber und GR Johann Rebernik.
Foto: fritzpress/KHD

Hauptversammlung fordert Totalstopp der illegalen Massenzuwanderung

Bei der diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung des Kärntner Heimatdienstes stand am 2. Juli die immer mehr die Dimension einer Völkerwanderung aus Afrika annehmende illegale Massenzuwanderung im Mittelpunkt. Daraus einige Details:

Die dramatische Entwicklung der Flüchtlingsfrage zwingt dazu, die weitestgehend untätige EU endlich eindringlich und ultimativ zum Handeln aufzufordern.

Die neue Völkerwanderung droht in eine humanitäre und soziale Katastrophe zu münden. Diese Sorge wird in der einstimmig gefassten Entschließung der Hauptversammlung anhand von Fakten ausführlich begründet. Es ist ein Totalstopp und nicht bloß eine Reduzierung der illegalen Zuwanderung anzustreben.

Die große Sorge einer Mehrheit der Bürger um ihre Sicherheit erfordert wirksame Maßnahmen durch die Politik. Die dazu notwendigen Schritte werden in der Entschließung aufgezählt.

In diesem Zusammenhang ruft die Hauptversammlung alle muslimischen Vereine in Österreich auf, auch im eigenen Interesse, endlich geschlossen gegen Radikalisierung und Terror Position zu beziehen.

Drohende Gefahren von außen erfordern weiteren Ausbau der Versöhnungsarbeit

Die Hauptversammlung begrüßt das erfolgreiche, inzwischen auch

auf Slowenien ausgeweitete Bemühen des Heimatdienstes im Rahmen der deutsch-slowenischen Kärntner Konsensgruppe um Verständigung und Versöhnung.

Eine rasant zunehmende Bedrohung unserer Lebensgrundlagen in Kärnten erfordert umso mehr eine Festigung und den weiteren Ausbau des vom Heimatdienst innerhalb der Konsensgruppe sukzessive geschaffenen Klimas des gegenseitigen Vertrauens.

Die Hauptversammlung begrüßt es als einen weiteren wichtigen Schritt im Bemühen um Versöhnung, dass inzwischen gemeinsames Opfergedenken auch in Slowenien möglich geworden ist, und dass Sloweniens Tagespresse erfreulich positiv darüber berichtet.

Was noch vor einem Jahrzehnt undenkbar gewesen wäre – gemeinsames Gedenken an NS-Opfer und auch an Opfer der Titopartisanen, wie zuletzt am 25. Mai in Liescha – ist inzwischen erfreuliche Realität.

KHD wird die Deutsche Volksgruppe in Slowenien auch in Zukunft kräftig unterstützen

Weiters bekräftigte die Hauptversammlung abermals, die Deutsche Volksgruppe in Slowenien und deren Interessen weiterhin zu unterstützen und im Rahmen seiner Möglichkeiten auch finanziell zu fördern.

Die Hauptversammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die großen Fortschritte im gemeinsamen Bemühen um die Auflösung historischer Konfliktfelder nun auch der deutschen Volksgruppe in Slowenien zu Gute kommen werden.

Teilnehmer aus Kärnten und Slowenien gedachten gemeinsam der Nachkriegsopfer

Ohne Hass und Rachsucht



Marjan Sturm, Josef Feldner, Sigrid Berka, Manuel Jug, Christian Lautischer und Rudolf Schober (v. l.) vor dem vom Kärntner Heimatdienst errichteten Denkmal an der Kirche von Liescha.

Über Einladung des Kärntner Heimatdienstes gedachten auch heuer wieder am Christi Himmelfahrtstag ohne Hass und Rachsucht zahlreiche Vertreter aus Kärnten und Slowenien der nach Kriegsende von Titopartisanen aus Kärnten nach Jugoslawien verschleppten und ermordeten Kärntner Zivilpersonen.

Jugendvertreter beider Bevölkerungsgruppen setzen die Tradition fort

Besonders erfreulich: Das seit bald 10 Jahren in Kärnten praktizierte versöhnungsfördernde Gemeinsame Opfergedenken wird auch von der Jugend fortgesetzt. Der Jugendsprecher des slowenischen Zentralverbandes, Manuel Jug nahm an der Gedenkfeier in Liescha mit dem Obmann des Kulturvereins deutschsprachiger Jugend in Slowenien, Christian Lautischer, teil (siehe Bild oben).

Österreichs Botschafterin in Slowenien, Sigrid Berka würdigt die Konsensgruppe

Berka würdigte die Versöhnungsarbeit der Kärntner Konsensgruppe, der es trotz Anfeindungen mit gemeinsamem Opfergedenken gelungen sei, ein Klima des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen.

„Ich würde mir wünschen, dass sich auch in Slowenien mutige Leute finden, auch das Leid des anderen zu respektieren und gemeinsam zu trauern. Möglicherweise könnte sich in so einem Klima des Vertrauens auch die deutsch-

sprachige Volksgruppe in Slowenien, die seit 25 Jahren vergeblich auf ihre Anerkennung wartet, über Fortschritte freuen.“

KHD-Obmann Josef Feldner über neue Gedenkkultur in Kärnten

Feldner erinnerte daran, dass mit der erstmaligen Teilnahme des Obmannes des slowenischen Zentralverbandes (ZSO), Marjan Sturm, vor acht Jahren eine neue Gedenkkultur in Kärnten geschaffen worden sei.

Mit der Absage an Rache, Aufrechnung und Hass solle das Miteinander in unserer gemeinsamen Heimat Kärnten und die gute Nachbarschaft über die einst heiß umkämpfte Karawankengrenze hinweg weiter gefestigt werden.

Stilles Gedenken an die bedauernswerten Opfer im Wald von Liescha.

Marjan Sturm: Am Prinzip von Ursache und Wirkung festzuhalten schließt Gedenken an Nachkriegsopfer nicht aus

ZSO-Obmann Marjan Sturm betonte, dass es völlig klar sei, dass das nationalsozialistische Regime ein Verbrecherregime war und schuld an millionenfachem Mord an Juden und anderen Völkern, aber auch am Tod von vielen kleinen Soldaten der deutschen Wehrmacht war, die gezwungen wurden, an diesem Krieg teilzunehmen.

Das Gedenken an diese Opfer sei wichtig. Wir dürfen dabei aber auch nicht die unkontrollierten Racheaktionen und Vertreibungen nach Kriegsende außer Acht lassen, betonte Sturm. Auch dieser Opfer müsse gedacht werden. Das ändere nichts am Prinzip von Ursache und Wirkung, eröffnet uns aber den Weg zu Verständigung, Dialog und Versöhnung.

Landtagspräsident Rudolf Schober erinnerte an das fürchterliche Schicksal der nach Kriegsende nach Slowenien verschleppten und ermordeten Kärntner Zivilpersonen und sprach dem Kärntner Schwarzen Kreuz mit Gerd Ebner an der Spitze, der Kärntner Konsensgruppe und vor allem dem Initiator Othmar Mory seinen Dank aus.

Den zweisprachigen Gottesdienst feierte Dechant Ivan Olip, erstmals gemeinsam mit dem Ortspfarrer von Prevalje (Slowenien) Franc Brglez. An der Stätte im Wald wo hunderte der bedauernswerten Nachkriegsopfer ermordet und verscharrt worden waren, legten der Kärntner Landespräsident des Schwarzen Kreuzes, Gerd Ebner und Josef Feldner Kränze nieder.

Umrahmt wurde die bewegende Gedenkfeier vom Doppelquintett Griffen unter der Leitung von Gerti ProBegger und vom Bläserquartett aus Neumarkt mit Gotthard Seidl.



Schleppende Aufklärung der titokommunistischen Nachkriegsmorde. Dennoch: Die Hoffnung lebt

Von Josef Feldner

Im titokommunistischen Jugoslawien war es verboten über die Nachkriegsverbrechen zu sprechen, geschweige denn deren Aufklärung zu verlangen. Dieses Schweigegebot kann auch nicht mit dem verbrecherischen NS-Genozid am slowenischen Volk gerechtfertigt werden. Denn Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind unteilbar.

Erfreulich, dass die heutige Republik Slowenien, wenn auch noch schleppend, um Aufklärung der Nachkriegsmorde bemüht ist. Die Hoffnung auf Beschleunigung liegt nun an einem 2015 geschaffenen Gesetz.

Die lokale Bevölkerung hatte aus Angst geschwiegen

Für mediales Aufsehen sorgten vor mehr als 10 Jahren Großreportagen über Partisanenverbrechen wie etwa in der renommierten „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ die erstmals eine breite Öffentlichkeit über die Opferzahlen informierte, die mit 200.000 bis 300.000 angegeben wurden.

Die slowenische Bevölkerung in Tito-Jugoslawien wusste über die Nachkriegsmorde Bescheid. Darüber auch nur zu sprechen wurde den Menschen bei Strafandrohung untersagt.

Erst in der slowenischen Nachfolgerepublik wurde der Mantel des Schweigens zaghaft gelüftet.

Mit der Entdeckung des ersten Massengrabes in Tezno südlich von Marburg kam erstmals das Grauen zutage. 1999 wurden 1179 Leichen auf einer Länge von 70 Metern ausgegraben. Spätere Sondierungen legten das ganze Ausmaß dieses Massengrabes offen: 15.000 Opfer.

Seriösen Quellen zufolge befinden sich auf slowenischem Staatsgebiet bis zu 800 „verschwiegene Gräber“ mit 80.000 Nachkriegsop-



Leichenberge im aufgelassenen Bergwerkstollen Huda Jama.

fern. Es handelt sich um dem NS-Regime nahestehende Angehörige der slowenischen Domobranzen, der kroatischen Ustascha und der serbischen Tschetniks, die zumeist ohne Verfahren durch die OZNA (Geheimpolizei) mit Billigung der KP Sloweniens hingerichtet und in Wäldern, aufgelassenen Stollen und Höhlen verscharrt wurden.

Regierungschef Kidrič: Reste des Deutschtums müssen „verschwinden“

Zu den Opfern zählen aber auch Zivilisten und vor allem auch gewaltsam enteignete von der Partisanenpropaganda als „vogelfrei“ erklärte Angehörige der deutschsprachigen Minderheit. Regierungschef Boris Kidrič hatte 1945 auf dem Marburger Hauptplatz gefordert, dass die Reste des Deutschtums aus Slowenien „verschwinden“ müssten. Das geschah durch Einzelmorde, Vergewaltigungen, psychische Qualen, Folter und Verweigerung notwendiger medizinischer Hilfe.

Aus Kärnten verschleppte Zivilpersonen wurden vermutlich in Liescha verscharrt.

Gräberkommission besteht seit 1990. Erst 2015 schaffte ein Gesetz wirkliche Fortschritte

Begonnen mit konkreten Sondierungen wurde jedoch erst 2006, um die längst bekannte Existenz der Massengräber auch zu beweisen.

Wirkliche Fortschritte brachte jedoch erst ein 2015 geschaffenes Gesetz, das erstmals der

Gräberkommission die finanziellen Mittel für ihre Arbeit sicherte. Damit sollen in den nächsten Jahren alle Gräber identifiziert, die Opfer exhumiert und pietätvoll beigesetzt werden. Schließlich sollen Kreuze und erklärende Aufschriften an den Fundorten angebracht werden.

2016 wurden 18 von bisher 650 evidenziereten Gräber exhumiert und die Opfer beigesetzt. 2017 sollen weitere 5 exhumiert werden.

Nur mit gemeinsamer Aufarbeitung der Geschichte könnende trennende Schranken beseitigt werden

Auch wenn sich Sloweniens Staatspräsident Borut Pahor engagiert um Versöhnung bemüht, besteht keine Einigkeit innerhalb der Politik Sloweniens hinsichtlich der Notwendigkeit auch die dunklen Kapitel der Nachkriegsgeschichte endlich tabufrei zu behandeln.

Kommt es zu einem Umdenken, dann wäre der Weg frei zur gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte nach dem Prinzip von Ursache und Wirkung, frei zum gemeinsamen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und des Faschismus einerseits und an die Nachkriegsopfer des Titokommunismus andererseits.

Das erfordert jedoch von dieser Opferseite auch die uneingeschränkte Verurteilung der Verbrechen des Nationalsozialismus und des italienischen Faschismus am slowenischen Volk mit Verzicht auf Gewichtung. Gelingt das, dann ist ein großer Schritt zur Versöhnung auch mit den jeweiligen Nachbarvölkern gesetzt.

Gemeinsames österreichisch-slowenisches Opfertedenken in Laibach/Ljubljana

Ein weiterer Schritt hin zur Überwindung historischer Belastungen

Feldner und Sturm verlesen GEMEINSAME ERKLÄRUNG



Die Teilnehmer aus Österreich und Slowenien mit einem Repräsentanten der Deutschen Botschaft am Gemeinsamen Opfertedenken.

Gemeinsames Gedenken an NS-Opfer und an österreichische Kriegsoffer in Laibach

Nachdem bereits am 25. Mai in Leše/Liescha (Slowenien) gemeinsam der nach dem Krieg aus Kärnten verschleppten und ermordeten Partisanenopfer gedacht worden war, fand am 22. Juni am Zentralfriedhof in Laibach ein weiteres österreichisch-slowenisches Opfertedenken statt.

Unter der Patronanz der österreichischen Botschafterin in Laibach, Sigrid Berka, trafen sich Vorstandsmitglieder des Kärntner Heimatdienstes (KHD), des Zentralverbandes slowenischer Organisationen (ZSO) und der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen mit weiteren Persönlichkeiten aus Kärnten und Slowenien am Mahnmahl für die

von Faschisten und Nationalsozialisten erschossenen slowenischen Geiseln zum Gedenken ein.

Nach einer Kranzniederlegung verlasen KHD-Obmann Josef Feldner und ZSO-Obmann Marjan Sturm als Mitglieder der Kärntner Konsensgruppe eine in deutscher und slowenischer Sprache verfasste GEMEINSAME ERKLÄRUNG mit den Kernaussagen:

„Es gilt zu überwinden, was uns lange getrennt und manchmal zu Feinden gemacht hat. Arbeiten wir an einer Friedensregion der sprachlich-kulturellen Vielfalt, an einer Region der wirtschaftlichen Prosperität und der kulturellen Attraktivität“ (Volltext Seiten 7 und 8).

Im Anschluss daran gedachten die Teilnehmer aus Kärnten und Slowenien mit einer Kranzniederlegung an der Gedenkstätte des österreichischen „Schwarzen Kreuz“ auch der

unzähligen österreichischen Toten der beiden Weltkriege.

Am Gedenken nahmen auch Repräsentanten der deutschen Volksgruppe in Slowenien teil

Außer den oben genannten Persönlichkeiten nahmen am Gemeinsamen Opfertedenken u. a. noch teil: Der Kärntner Landtagspräsident Rudolf Schober, als Repräsentant der Deutschen Botschaft in Laibach, Kulturattaché Peter Lange, der Vorsitzende des „Klub der Kärntner Slowenen“ in Ljubljana Janez Stergar, der Obmann des Verbandes der deutschsprachigen Kulturvereine in Slowenien, Christian Lautischer mit den Kulturvereinsvorsitzenden aus Marburg, Cilli und der Gottschee, Veronika Haring, Dušan Kolnik, Andrej Ajdic, und August Gril.

„Gemeinsame Erklärung“ in den Laibacher Tageszeitungen DELO und DNEVNIK veröffentlicht

Breite Information der slowenischen Bevölkerung über Klima der Verständigung in Kärnten

Damit verbundene Hoffnung, Schatten der Vergangenheit endgültig zu beseitigen

Nach der am 27. Juni großflächig im DELO, der größten Tageszeitung Sloweniens, veröffent-

lichten Einschaltung des KHD über das Opfertedenken am Laibacher Zentralfriedhof,

brachte tags darauf auch die Laibacher Tageszeitung DNEVNIK einen ausführlichen Bericht

darüber unter dem Titel „Mit einer Versöhnungserklärung in die Zukunft“.

Damit gelang ein großer Schritt hin zur Überwindung historischer Belastungen

Insbesondere bringen diese Berichte einer breiten slowenischen Öffentlichkeit ein seit mehr als 10 Jahren bestehendes Klima der Verständigung und des Dialogs zur Kenntnis. Und das dank gemeinsamer Aufarbeitung der Geschichte, verbunden mit gemeinsamem Gedenken an die Opfer auf beiden Seiten.

Ne želimo nazaj v zgodovino, temveč naprej v mirno evropsko bodočnost



Bild links: Ausschnitt aus Einschaltung DELO mit Botschafterin Sigrid Berka, Landtagspräsident Rudolf Schober, KHD-Obmann Josef Feldner, ZSO-Obmann Marjan Sturm, Kulturattaché Peter Lange, Janez Stergar und Christian Lautischer. Bild rechts: Ausschnitt aus der Tageszeitung DNEVNIK.

8 Svet

AVSTRIJSKA KOROŠKA
S spravno izjavo
v prihodnost

Koroški Heimatdienst in
Zveza slovenskih organi-
zacij na Koroškem sta po

DOKUMENTATION

Wir wollen kein Zurück in die Geschichte, sondern ein Vorwärts in eine friedliche europäische Zukunft

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

der beiden Mitglieder der KÄRNTNER KONSENSGRUPPE Josef FELDNER und Marjan STURM
verlesen am 21. Juni 2017 am Zentralfriedhof in Laibach.



Frei von Schwarz-Weiß-Denken wollen wir gemeinsam erinnern

Das Gedenken an die Opfer, die als Geiseln von Faschisten und Nationalsozialisten erschossen worden sind, und derer wir uns heute hier erinnern, ist besonders wichtig, gemahnen uns die Geislerschießungen doch an den verbrecherischen Charakter der faschistischen und der nationalsozialistischen Regime, die nicht davor zurückschreckten, unschuldige Menschen als Rache für kriegerische Auseinandersetzungen zu ermorden.

Wenn wir heute hier am Zentralfriedhof in Ljubljana auch der unzähligen in ihrer überwältigenden Mehrheit in den Krieg gezwun-

genen österreichischen Toten der beiden Weltkriege gedenken, dann sehen wir uns aber auch verpflichtet, mit Bedauern festzustellen, dass auch Bürger aus Österreich (insbesondere aus Kärnten und der Steiermark) an der nationalsozialistischen Okkupation Sloweniens mitgewirkt haben.

Andererseits übten europaweit auch Menschen aus den Reihen jener, die im Krieg noch Opfer gewesen sind, nach der Befreiung 1945 unkontrollierte Rache an den ehemaligen Tätern und ebenso auch an vielen Unschuldigen. Auch das soll nicht verschwiegen werden.

Jede Gesellschaft muss ihren eigenen Weg zur Vergangenheitsbewältigung finden

Obwohl der Nationalsozialismus in Österreich 1945 militärisch besiegt wurde, waren seine ideologischen und weltanschaulichen Wurzeln noch viele Jahre spürbar. Erst Ende der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts

konnte mit der neuen Formel, dass Österreicher sowohl Opfer als auch Täter waren, eine Neupositionierung (Katharsis) in der österreichischen Vergangenheitsbewältigung eingeleitet werden, die die Last der Vergangenheit zu überwinden hilft.

Es ist zu hoffen, dass auch bei der Vergangenheitsbewältigung in Slowenien eine solche Neupositionierung eingeleitet wird, um so die Schatten der Vergangenheit endgültig zu beseitigen.

Allerdings kommt hier noch die spezifische Situation dazu, dass der Partisanenwiderstand von den Alliierten begrüßt und anerkannt wurde, und nach 1945 als Legitimation für das vorerst stalinistisch-kommunistische Regime und später für den Selbstverwaltungssozialismus diente.

Diese Diskussion spielte auch noch nach der demokratischen Wende 1991 eine innenpolitisch nicht unbedeutende Rolle, was darauf hinweist, dass auch im heutigen Slowenien die Vergangenheitsbewältigung ein komplizierter Prozess ist.

Jede Gesellschaft muss ihren eigenen Weg zur Vergangenheitsbewältigung finden. Dabei können wir aber auch voneinander lernen.

Volkgruppen bzw. Minderheiten als Gradmesser

Als Gradmesser für eine erfolgreiche Vergangenheitsbewältigung kann unter anderem der Status der Volkgruppen bzw. Minderheiten gelten. Mehrheiten neigen dazu, in Volks-

Fortsetzung umseitig

gruppen und Minderheiten Störfaktoren zu sehen, die „nie genug haben“ und Minderheiten selbst neigen dazu, sich immer „als Opfer“ zu sehen und dabei den Dialog mit der Mehrheitsbevölkerung vernachlässigen.

Der Alpen-Adria-Raum, in dem wir leben, hat alle Katastrophen des 20. Jahrhunderts durchlebt. Im fiktiven Rucksack der einzelnen Völker und Volksgruppen sowie Minderheiten sind viele Verletzungen aus dieser Zeit erhalten und in der jeweils subjektiven Form archiviert geblieben.

Daher müssen wir überwinden, was uns lange getrennt und uns manchmal zu Feinden gemacht hat

Im gemeinsamen Bemühen um die Auflösung historischer Konfliktfelder im Verhältnis von Mehrheit und Minderheit kann mit Dia-

logbereitschaft ohne Vorbedingungen, mit selbstkritischem Hinterfragen langjähriger verkrusteter Positionen, mit Hineindenken in die Position der jeweils Anderen und mit Mitgefühl auch für die Opfer der anderen Seite, eine neue Gesprächskultur entwickelt werden, eine Gesprächskultur, getragen von Toleranz und gegenseitigem Respekt. Das sind auch unsere Erfahrungen.

Gemeinsames Opfergedenken fördert besseres Verständnis füreinander

Vor mehr als 10 Jahren haben wir uns als ehemalige Kontrahenten im jahrzehntelangen Volksgruppenkonflikt in Kärnten mit einigen weiteren um Aussöhnung bemühten Persönlichkeiten in Anwesenheit der Kärntner Spitzenpolitik in einer „Feierlichen Erklärung“ verpflichtet, gemeinsam an der Schaffung eines

Klimas des gegenseitigen Vertrauens zu arbeiten, nachdem wir bereits ein Jahr zuvor mit einem Konsens den Grundstein zur Beendigung des Ortstafelstreits gesetzt hatten.

Damit wurde der Weg frei zum gemeinsamen Sprachen, Ideologien und Religionen übergreifenden Opfergedenken als zielführendsten Weg zur Versöhnung.

Gemeinsam der Opfer verschiedener Völker, verschiedener Religionen, verschiedener Lebensanschauungen, verschiedener totalitärer Ideologien zu gedenken, fördert ein besseres Verständnis füreinander.

Wir leben in der wunderschönen Alpen-Adria-Region. Machen wir aus dieser Region eine Friedensregion, die die Lehren aus der Geschichte gezogen hat. Arbeiten wir an einer Friedensregion der sprachlich-kulturellen Vielfalt, der Region der wirtschaftlichen Prosperität und der kulturellen Attraktivität.

Das ist die beste Vergangenheitsbewältigung.

In Laibach Denkmal für alle Kriegsoffer eingeweiht. Ein weiterer Fortschritt

Sloweniens Staatspräsident Borut Pahor hielt eine bemerkenswerte Rede

Jedoch keine geschlossene Zustimmung zum Denkmal. Noch ist der Weg zur Versöhnung weit

Am 13. Juli 2017 wurde nach Jahren politischen Ringens das Denkmal für alle Kriegsoffer und die mit Kriegen verbundenen Opfer in Laibach eingeweiht. Unter „mit Kriegen verbundenen Opfern“ sind jene Menschen gemeint, die in den Tagen unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs von der Jugoslawischen Volksarmee, Geheimdienst, Geheimpolizei und Tito-Partisanen zu Tausenden hingerichtet und in Hunderten Massengräbern im ganzen Land verscharrt wurden. Somit wird klar, warum dieses Denkmal politisch so brisant ist und es wohl auch bleibt.

In Anwesenheit von Spitzen der slowenischen Gesellschaft hielt Präsident Pahor eine versöhnliche Rede.

Dies konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass prominente Spitzenpolitiker sowie die Partisanenorganisationen fehlten.

Letztere werfen Präsident Pahor Geschichtsfälschung und den Verrat an den Werten des Befreiungskampfes vor. Die rechts-konservative SDS von Janez Janša hingegen prangert an, dass die Opfer des Kommunismus ausgeklammert bleiben. Solange im ganzen Land Hunderte Denkmäler von Tito und anderen führenden Kommunisten stehen, sei das Denk-

mal am Kongressplatz ein Schandfleck und eine Verhöhnung dieser Opfer, meint Janša.

Drauffhin konterte der Parteichef der Sozialdemokraten, Dejan Židan, dass seine Partei die Nachkriegstötungen verurteilt habe, während andere Parteien (gemeint: die SDS) die Verbrechen der Kollaborateure mit den Besatzern nach wie vor nicht bedauern.

Staatspräsident Pahor: „Liebe, nicht Hass“

Da man sich auf keine erklärende Inschrift am Denkmal einigen konnte, zählte Pahor jene Opferkategorien auf, denen das Denkmal gewidmet ist. Darunter befinden sich neben den Opfern des Zweite Weltkrieges, des Volksbefreiungskampfes und den Nachkriegsopfern des Tito-regimes auch die Opfer der Kämpfe um die Nordgrenze, somit der militärischen Gegner der Kärntner Abwehrkämpfer.

Pahor rief in seiner Rede zur Versöhnung auf:

„Der Weg in die nationale und politische Freiheit war lang, getränkt mit Blut und bitteren Tränen. Zu beiden Seiten dieses Weges,



oder vergessen und entfernt von ihm blieben die Opfer.

Das Denkmal wurde errichtet im Gedenken an alle gefallenen Opfer der Kriege, die das slowenische Volk heimgesucht haben, und von mit Kriegen verbundenen Ereignissen:

Es lädt somit uns alle, alle Sloweninnen und Slowenen, zur Besinnung und Versöhnung ein.

Das ist ein Denkmal zu Ehren der Liebe.“

Sloweniens Staatspräsident Pahor sieht in der deutschen Volksgruppe einen wichtigen Teil der Kultur Sloweniens

Diesen Worten müssen endlich Taten folgen



Bundespräsident Van der Bellen neben Sloweniens Präsidenten Pahor und dem Kärntner Landeshauptmann Kaiser beim 60-Jahr-Jubiläum des slowenischen Gymnasiums in Klagenfurt.

In einem Interview für die KLEINE ZEITUNG fand Sloweniens Staatspräsident Borut Pahor positive Worte für die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien.

Wörtlich:

„Ich war stets dafür, dass diese Gruppe finanziell gefördert wird, sich politisch einbringen und ihre Identität pflegen und stärken kann. Das soll letztendlich auch zur Stärkung unseres nationalen Charakters beitragen.“

So erfreulich diese Aussagen sind, so unerfreulich ist die Tatsache, dass die deutschsprachige Minderheit in Slowenien seit 25 Jahren auf die Anerkennung durch den slowenischen Staat wartet.

Wann erfährt die deutsche Volksgruppe in Slowenien eine ähnliche Wertschätzung wie die Slowenen in Kärnten?

Die deutschsprachigen Kulturvereine in Slowenien können sich auf die wiederholten Empfehlungen des Europarates berufen

Schöne Worte allein können die überlebensnotwendige natürliche Entwicklung der Volksgruppe nicht sichern und wenn Pahor im Interview die Deutschen nicht als autochthone Minderheit anerkennen will, obwohl die deutsche Minderheit in Slowenien vor 100 Jahren noch mehr als 100.000 Personen umfasst hatte, dann ist das auch eine historisch falsche Einstellung, wie der Historiker Stefan Karner in Reaktion darauf feststellt.

Wenn sich Pahor in Bezug auf die slowenische Volksgruppe in Kärnten auf den Staatsvertrag 1955 beruft, so ist es andererseits legitim, wenn sich die deutsche Volksgruppe in Slowenien auf die bereits wiederholten und noch immer nicht erfüllten Empfehlungen des Europarates beruft, der neben der Zuerkennung von umfassenden Volksgruppenrechten auch die Einbindung der „deutschen Sprache in die slowenische Rechtsordnung“ fordert.

2013 haben sich die Spitzenvertreter der slowenischen Volksgruppe in Kärnten bei Pahor für die deutschsprachige Volksgruppe eingesetzt

Hier sei auf die Schützenhilfe von Kärntner Slowenen für die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien in einem 2013 von Karl Anderwald initiierten Offenen Brief an Präsident Pahor hingewiesen, in dem für die deutschsprachigen Vereinigungen eine „maßgebliche Erhöhung der jährlichen Förderung“ vorgeschlagen wird, die überdies zur Verbesserung und Vertiefung der schon guten Beziehungen der beiden Staaten führen könnte.

Dieser Brief wurde u. a. von Marjan Sturm, Bernard Sadovnik, Reginald Vospernik und auch von Valentin Inzko unterfertigt.

10 | **Tribüne** KLEINE ZEITUNG
Donnerstag, 8. Juni 2017



AUSSENSICHT

Josef Feldner betont den Respekt für die slowenische Volksgruppe und hofft auf Vorbildwirkung in Laibach.

Große Wertschätzung für slowenische Sprache

Wenn Valentin Inzko der Kärntner Dreierkoalition respektloses Verhalten gegenüber der slowenischen Volksgruppe im Zusammenhang mit der Verfassungsreform vorwirft und ihr einen „Tabubruch“ unterstellt, dann ist das absurd, zumal die slowenische Volksgruppe erstmals in der Landesverfassung ausdrücklich verankert ist. Erfreulich ist, dass um Ausgleich bemühte Kärntner Slowenen, allen voran Marjan Sturm, in Slowenien einer von Kritikern behaupteten Gefahr für die slowenische Sprache in unserem Land entschieden und erfolgreich entgegengetreten sind. Das ist ein Beweis dafür, dass heute das Zusammenleben der beiden Bevölkerungsgruppen ganz besonders seit der Beendigung des unseligen Ortstafelstreits auf Basis des Kompromissvorschlages der deutsch-slowenischen Kärntner Konsensgruppe weitestgehend konfliktfrei und in vielen Bereichen vorbildlich ist. Den Respekt für die

„Das Zusammenleben der beiden Bevölkerungsgruppen in Kärnten ist weitestgehend konfliktfrei.“

„einen untrennbaren Teil der Kärntner Bevölkerung bildenden autochthonen slowenischen Volksgruppe“ hat der Heimatdienst in seinem Vereinsprogramm 2012 festgeschrieben und mit dem Passus „Heimat schließt alle Kärntner ein“ noch verstärkt.

Welche Wertschätzung unsere slowenischen Landsleute nicht nur durch die Landes-, sondern auch durch die Bundespolitik erfahren, bewies erst kürzlich die Teilnahme der Staatspräsidenten Österreichs und Sloweniens an der Jubiläumsfeier des slowenischen Gymnasiums in Klagenfurt eindrucksvoll. Ganz im Gegensatz dazu wartet die autochthone deutschsprachige Minderheit in Slowenien seit 25 Jahren auf die Anerkennung durch den slowenischen Staat, wie Österreichs Botschafterin in Laibach, Sigrid Berka, vor zwei Wochen beim gemeinsamen Opfergedenken in Liescha mit Bedauern feststellte.

Würde Slowenien ihren innerhalb eines Jahrhunderts auf wenige Tausend Personen reduzierten deutschsprachigen Bürgern eine auch nur annähernd so große Wertschätzung entgegenbringen wie Österreich seinen slowenischsprachigen Mitbürgern, dann könnten die ohnehin sehr guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten noch weiter gefestigt werden.

Josef Feldner ist Obmann des Kärntner Heimatdienstes und Mitglied der Kärntner Konsensgruppe

Deutsche Volksgruppe mit neuen Impulsen



Am 11. April 2017 trafen sich die Vorsitzenden von fünf deutschsprachigen Kulturvereinen in der Residenz der österreichischen Botschaft in Laibach. Jugend-Obmann Christian Lautischer einstimmig zum neuen Verbandsobmann gewählt.

Die Kulturvereine beklagen die keineswegs ausreichende finanzielle Unterstützung durch Slowenien und Österreich

Unter dem Vorsitz von Österreichs Botschafterin Sigrid Berka berichteten Andrej Ajdic, Kulturverein Cilli an der Sann, Veronika Haring, Kulturverein deutschsprachiger Frauen Brücken, Dušan Ludvik Kolnik, Verein Freiheitsbrücke Marburg und Christian Lautischer, Kulturverein deutschsprachiger Jugend über ihre Arbeit im abgelaufenen Vereinsjahr.

Übereinstimmend beklagten die Vorsitzenden die triste Situation im Bereich Finanzierung der Vereinsarbeit durch Slowenien und Österreich. Ohne die Unterstützung durch zivilgesellschaftliche Gruppierungen, wie dem Kärntner Heimatdienst, könnten die Kulturvereine nicht überleben.

Dennoch werde man mit ganzer Kraft weiterarbeiten mit dem nie aufzugebenden Ziel einer endlichen verfassungsrechtlichen Anerkennung

Man könne auf schöne Erfolge im Bereich der Kulturarbeit – auch gemeinsam mit Kul-

turschaffenden aus dem slowenischen Mehrheitsvolk – hinweisen, wie etwa Veronika Haring mit dem über Sloweniens Grenzen hinaus bekannten Hugo-Wolf-Chor, um nur eines von vielen Beispielen zu nennen.

Andrej Ajdic betonte, man wolle den Focus stärker in die Zukunft richten und wies auf die erfolgreiche Kinder- und Jugendarbeit in seinem Kulturverein hin.

Botschafterin Berka sagte den Volksgruppenvertretern weiterhin volle Unterstützung zu

Dem schloss sich auch KHD-Obmann Josef Feldner an, der von Botschafterin Berka zur Aussprache eingeladen worden war. Feldner appellierte an die Kulturvereine die Zusammenarbeit mit slowenischen Kulturvereinen noch zu verstärken im Interesse einer Vertrauensbildung und zum Abbau von historisch bedingten Aversionen.

Um dem slowenischen Staatsvolk die Existenz der deutschsprachigen Kulturvereine näher zu bringen regte Feldner vom KHD finanzierte Einschaltungen in Sloweniens Tagespresse an.

Im Anschluss an die Aussprache bei Botschafterin Sigrid Berka wählten die Vorsitzen-



Bild oben: Vom KHD initiiertes und finanziertes „Treffen der Kulturen“ in Laibach. Der berühmte Hugo-Wolf-Chor ist Mitglied beim Kulturverein Frauen Brücken. Bild unten: Kindergruppe vom Kulturverein Cilli an der Sann.

den der deutschsprachigen Kulturvereine den Obmann des Kulturvereins deutschsprachiger Jugend, Christian Lautischer, für ein Jahr zum neuen Verbandsobmann.



Christian Lautischer (links) mit dem scheidenden Verbandsobmann Dušan Ludvik Kolnik.

Hauptversammlung ermächtigt KHD-Vereinsleitung zur weiteren Unterstützung

Heimatsdienst bleibt Nothelfer für deutsche Kulturvereine

KHD hat heuer bereits 14.000 Euro überwiesen. Insgesamt schon mehr als 120.000 Euro

Abermals grünes Licht für Unterstützung der deutschen Volksgruppe

In der am 2. Juli einstimmig angenommenen Entschließung stellen die Delegierten fest:

Der Kärntner Heimatsdienst hat sich in seinem Vereinsprogramm verpflichtet, die Deutsche Volksgruppe in Slowenien, wie auch in den anderen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie zu unterstützen und zu fördern.

Mangels auch nur annähernd ausreichender existenzsichernder Förderung durch Slowenien und Österreich, der nach wie vor verfassungsrechtlich nicht anerkannten deutschen Volksgruppe, fungiert der KHD seit Jahren mit Fördergeldern seit 2005 von insgesamt mehr als 120.000 Euro als unentbehrlicher „Nothelfer“ für das Überleben der Volksgruppe.

Einmal mehr wiederholt die Hauptversammlung mit Nachdruck die seit Jahren – zuletzt von den Delegierten am 2. Juli 2016 – einstimmig erhobenen Forderungen.

Daraus die Kernaussagen:

- Die Hauptversammlung erinnert die säumige Bundesregierung an die noch immer nicht erfüllte einstimmige(!) Forderung des Nationalrates aus dem Jahr 2012, „die Republik Slowenien zur offiziellen Anerkennung



Bei einer von der Plattform Kärnten und dem KHD organisierten Veranstaltung im Klagenfurter Europahaus richtete eine Delegation der deutschen Kulturvereine „in großer Sorge um das Überleben“ eine Resolution an die Regierungen in Österreich und Slowenien.

nung der deutschsprachigen Minderheit zu bewegen“. Diese Forderung wurde 2014 vom Nationalrat nochmals einstimmig wiederholt.

- Die Hauptversammlung weist auf die „Empfehlung“ des Europarates 2010 hinsichtlich Anwendung der „Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ hin, wonach „die deutsche Sprache in der slowenischen Rechtsordnung anzuerkennen ist“ und „den Vereinigungen der Deutschsprachigen angemessene und ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen sind.“

- Auf Basis der Forderungen des Nationalrates und der Empfehlung des Europarates ist an die Republik Slowenien zu appellieren, in einer Grundsatzklärung verfassungsrechtlich u.a. sinngemäß zu verankern:

Die Republik Slowenien anerkennt die autochthone deutsche Volksgruppe als unverzichtbaren Teil der Kultur und der Geschichte Sloweniens und würdigt deren große Bedeutung als Friedensbrücke zur Festigung einer sprachen- und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen.

Angesichts dessen und in Erinnerung an das jahrhundertelange friedliche und fruchtbare Zusammenleben von Slowenen und Deutschen; verpflichtet sich die Republik Slowenien, die natürliche Entwicklung der Volksgruppe als im staatlichen Interesse liegend durch verfassungsrechtliche Anerkennung und mit ausreichender finanzieller Förderung sicherzustellen.

Die Hauptversammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die großen Fortschritte im gemeinsamen Bemühen um die Auflösung historischer Konfliktfelder in Slowenien auch eine verstärkte Bereitschaft bei den verständigungsbereiten Persönlichkeiten zur Solidarisierung mit den legitimen Interessen der deutschsprachigen Altösterreicher in Slowenien bewirken.

Deutsche Zeitung in Laibach

Der Kulturverein deutschsprachiger Jugend in Laibach/Ljubljana unter seinem Obmann Christian Lautischer hat nach jahrzehntelanger Unterbrechung wieder eine deutschsprachige Zeitung herausgebracht.

Das erste Exemplar wurde am 8. Juni 2017 im Vereinslokal vorgestellt. Das Vorhaben wurde allseits begrüßt. Der Vorsitzende des Verbandes der Kulturvereine in Slowenien, Jože Osterman, betonte, dass seine Organisation offen für die Minderheiten sei.

Sie sollen in die Verbandsstruktur integriert werden. Große Stütze ist in diesem Bereich der Vorsitzende der Kulturvereine in Marburg/Maribor Dr. Franci Pivec. Die slowenische Kultur in

Von Heinz Stritzl

Slowenien werde wegen der Minderheitenorganisation nicht gefährdet.

KHD-Obmann Dr. Josef Feldner wünschte, dass die Jugend respektvoll mit der Mehrheitsbevölkerung umgehen solle, um damit Sympathien für die schrumpfende deutsche Minderheit zu gewinnen. Als Einstandspräsident sagte Feldner im Namen des KHD die Übernahme der Kosten für Druck und Layout der Erstauflage in Höhe von 800 Stück zu. Zur Zusammenarbeit mit der deutschen Minderheit in Slowenien erklärte sich der Obmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen in Kärnten, Dr. Marjan Sturm bereit. Auch er meinte dass Minderheiten um Sympathie bei der Mehrheitsbevölkerung bemüht sein sollten.



Der langjährige Förderer der Gottscheer DDR, Karl Anderwald sprach sich für eine Verdoppelung der Förderung durch Österreich für die deutschsprachigen Kulturvereine aus.

Lob für die Jugend gab es vom Obmann des Vereins Freiheitsbrücke in Marburg RA Dušan Ludvik Kolnik. „Wir kämpfen seit 25 Jahren ohne Erfolg, geben aber die Hoffnung auf Einsicht der slowenischen Regierung nicht auf“. Die Jugend leiste mit der Zeitung Arbeit für die gesamte Volksgruppe.

Österreichs Botschafterin in Slowenien Mag. Sigrid Berka wies auf die Bemühungen von Außenminister Kurz hin, die Förderung zu erhöhen. Das Interesse der Bundesrepublik Deutschland betonte Kulturattaché Peter Lange.

Die Sicherheit unserer Bürger hat oberste Priorität

Die große Mehrheit aller EU-Bürger ist ernstlich um ihre Sicherheit besorgt.

Dem hat die EU endlich Rechnung zu tragen.

Aufruf an Moslemvereine klar gegen Radikalisierung und Terror Position zu beziehen.



Diese schrecklichen Bilder von islamistischen Terroranschlägen gingen um die Welt. Einige Bilder von vielen. Der IS-Horrorstaat ist zwar weitestgehend besiegt. Doch die Gefahr bleibt. Die EU ist aufgerufen endlich wirksame Maßnahmen für erhöhte Sicherheit zu setzen. Aufgerufen sind aber auch die Hunderten Moslemvereine in Europa ihre Mitglieder zu Massendemonstrationen gegen den Terror aufzurufen und Solidarität mit den verunsicherten Bürgern zu zeigen und damit gleichzeitig auch zu demonstrieren, dass die Anzahl von Gewalttätern innerhalb ihrer Glaubensgemeinschaft nur verschwindend klein ist. Das wäre ein großer Schritt hin zu einem friedlichen Zusammenleben aller Menschen in Europa über religiöse Unterschiede hinweg.

In großer Sorge um die Zukunft richtet der Kärntner Heimatdienst nachstehenden Appell an die EU aber auch an die Vertretungsorganisationen der in Europa lebenden Muslime.

Hunderttausende illegal ohne Papiere eingereiste Flüchtlinge stellen ein hohes Sicherheitsrisiko dar

In den letzten drei Jahren sind laut EUROSTAT mehr als drei Millionen Flüchtlinge bei hoher Dunkelziffer nach Europa gekommen. Der Großteil davon nach Deutschland und Österreich. Während des Massenansturms 2015 kamen mehr als die Hälfte ohne Papiere. Offiziellen Angaben zufolge wird die Anzahl von nicht registrierten Flüchtlingen in Deutschland auf 500.000(!), in Österreich auf 40.000 geschätzt. Wie viele davon gewaltbereit sind, ist unbekannt. Nach mehr als einem Dutzend Terroranschlägen mit Hunderten Toten im Herzen Europas fürchten die Bürger Europas zunehmend um ihre Sicherheit. Da gilt es, den Druck auf die EU massiv zu erhöhen. Der Politik in

den Mitgliedsstaaten sind in vielen Bereichen die Hände gebunden.

Um den Menschen ein Gefühl der Sicherheit zu geben, bedarf es daher dringend einer Änderung der Gesetzeslage. Erste Schritte wurden Ende Jänner mit einer Reihe von Ministervorschlägen gesetzt.

Nachfolgend die wichtigsten Themen in Schlagworten:

- Binnengrenzkontrolle
- mehr Befugnisse fürs Heer
- hohe Strafen für illegale Einreise
- längere Schubhaft für betrügerisches Erschwindeln von Grundversorgung
- neue Anhaltezentren in eigenen Rückkehrquartieren
- keine Geldleistungen mehr für abgelehnte Asylwerber
- Ausweiskontrollen im Zug und in Taxis
- Kontrollen von Handys bei Ausweisverweigerung

- vermehrte Möglichkeiten für den Einsatz von Fußfesseln

- Spracherkennung zur Identitätsfeststellung
- Notverordnung falls wichtige Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg erzielen.

Nur wenig konnte bislang realisiert, vieles muss noch beschlossen werden. Wirklich wirkungsvoll wird eine gravierende Verbesserung im Sicherheitsbereich aber erst dann, wenn zu Gesetzen und Verordnungen mit unverzichtbarer Unterstützung durch die EU auch eine konsequente Umsetzung kommt.

Übereinstimmend mit der Erwartung eines Großteils der Österreicher ruft die Hauptversammlung alle österreichischen Moslemorganisationen auf, in einer gemeinsamen öffentlichen Großveranstaltung Gewalt und Radikalisierung innerhalb der islamischen Bevölkerung scharf zu verurteilen. Das wäre auch ein wichtiger Beitrag gegen stark zunehmendes Misstrauen und Pauschalverurteilung.

Schließung der Mittelmeer-Route ist kein „Vollholler“

Was fehlt, ist einzig und allein der politische Wille

Bis Jahresende rechnet Italien mit rund 250.000 „Flüchtlingen“, die von Libyen aus über das Mittelmeer kommen. Beim Großteil handelt es sich aber nicht um politisch Verfolgte im Sinne der Genfer Konvention, sondern um Armuts- und Wirtschaftsmigranten, vor allem aus den Ländern südlich der Sahara. Und für die meisten dieser „Flüchtlinge“ ist Italien als Tor nach Europa nur eine Zwischenstation, da sie weiter nach Norden ziehen wollen, in Länder, in denen es hohe Sozialstandards gibt, wie etwa in Deutschland, Österreich oder Schweden.



Ein tägliches Bild. Von Schleppern mit seeuntauglichen Schiffen auf die Reise geschickt, werden vor dem Ertrinkungstod gerettet und nach Europa gebracht. Dem Transfer nach Europa muss Einhalt geboten werden.

Forderung nach Schließung der Mittelmeer-Route ist unverzichtbar

Weil auch Österreich von der Masseneinwanderung aus Afrika potenziell betroffen ist, hat hierzulande angesichts des Wahlkampfes bereits eine politische Debatte über Grenzkontrollen am Brenner und die Schließung der Mittelmeer-Route eingesetzt. Letzteres ist für Bundeskanzler Christian Kern jedoch „populistischer Vollholler“. Aber dennoch stellt sich die Frage, ob es tatsächlich Unsinn (Vollholler soll wohl nichts anderes bedeuten) ist, wenn man diese Mittelmeer-Route, über die allein in diesem Jahr schon mehr als hunderttausend Menschen gekommen sind und auf der Tausende ertrinken, schließen will.

Die großen Migrationsexperten und politisch korrekten Analytiker sagen natürlich es ist unmöglich. Warum? Weil Libyen kein sicheres Land sei, in das man Flüchtlinge zurückbringen dürfe. Weil man keine großen Aufanglager bauen könne, diese seien nur Brutstätten für Terrorismus. Und weil man das Ganze nach der Genfer-Konvention, nach diversen internationalen Rechtsvorschriften schlichtweg nicht dürfe.

Das ist absurd: Die „Migrationsexperten“ tun so als ob Ausländerghettos in Europa keine Brutstätten für Terrorismus und Rechtsvorschriften auch in Notsituationen unabänderbar sind.

NGOs ermöglichen Massenansturm

Ein besonderes Problem sind die sogenannten Nichtregierungsorganisationen

Von Obmann-Stellvertreter EU-Abg. a. D.
Andreas Mölzer

(NGOs), die mutmaßlich mit Schleppern kooperieren. Für sich in Anspruch nehmend, ein Teil der „Zivilgesellschaft“ zu sein, glauben „Jugend rettet“, „SOS Mediterranée“ und wie sie alle heißen, über dem Gesetz zu stehen und bieten regelrechte Taxidienste von den libyschen Küstengewässern in italienische Häfen an. Mittlerweile sind die selbsternannten „Seenotretter“, wie ihre politisch korrekte Bezeichnung lautet, für 40 Prozent der Ankünfte von tatsächlichen oder vermeintlichen Flüchtlingen verantwortlich.

Italien wurde zum Handeln gezwungen

Groß war daher der Aufschrei auf Seiten der Gutmenschen, als im Sommer die italienische Mitte-Links-Regierung, der offenbar der Leidensdruck zu groß geworden war, mit dem NGO-Unwesen aufzuräumen begann. Ein Verhaltenskodex – den nicht alle NGOs unterzeichneten – sieht unter anderem die Zusammenarbeit mit der Polizei vor. Ein anderer Punkt beinhaltet das „Verbot jeglicher indirekter oder direkter Kommunikation mit Schleppern an der libyschen Küste“, etwa via Telefon oder Lichtsignalen. Auch wenn das politische und mediale Establishment behauptet, es gäbe bislang keine Beweise für eine Zusammenarbeit zwischen NGOs und Schleppern, ergibt dieses Verbot nur dann einen Sinn, wenn Gutmenschen und Verbrecher bisher – wenngleich aus unterschiedlichen Beweggründen – gemeinsame Sache gemacht haben.

Dass die Nichtunterzeichnung dieses Ver-

haltenskodex durchaus Folgen hat, musste Anfang August die deutsche NGO „Jugend rettet“, die regelmäßig Einwanderer nach Italien bringt, erkennen. Ihr Schiff „luventa“ wurde von der italienischen Küstenwache in den Hafen der Mittelmeerinsel Lampedusa geleitet, durchsucht und anschließend beschlagnahmt. Die Begründung der Justiz für die Beschlagnahme der „luventa“ wirft ein bezeichnendes Licht auf die Machenschaften der „Seenotretter“. Den Besatzungsmitgliedern wird nämlich vorgeworfen, auf hoher See Kontakte mit Schleppern unterhalten zu haben. Damit sich dies nicht wiederhole, sei das Schiff eben beschlagnahmt worden, berichtete der Staatsanwalt der sizilianischen Stadt Trapani, Ambrogio Cartosio.

Teils halbkriminelle NGOs dürfen jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass gegenwärtig auch die Europäische Union mit ihrer Mission „Sophia“ Hilfstätigkeit für die Schlepperorganisationen leistet und eine Art Abhol- und Fährdienst nach Europa für aber tausende Wirtschaftsmigranten organisiert hat. Tatsache ist auch, dass man mit den heutigen Technologien – Satellitenbeobachtung etc. – jede Luftmatratze vor der libyschen Küste orten kann. Natürlich könnte man jeden Flüchtlingstransport vor dem Verlassen der libyschen Gewässer abfangen und zur Umkehr zwingen, wenn man politisch nur wollte.

Und selbstverständlich wäre die Errichtung von humanitär betriebenen und abgesicherten Groß-Camps am Südrand der Sahara, finanziert von der EU und betrieben vom Internationalen Roten Kreuz, eine durchaus akzeptable Möglichkeit um die illegalen Immigranten abzufangen und nach Maßgabe legaler Asylgründe zu sieben. Eine Schließung der Mittelmeer-Route ist also keineswegs Vollholler.

EU-Flüchtlingskommissar Dimitris Avramopoulos warnt

Europa steht vor neuer Flüchtlingswelle

Dennoch bleibt die EU weitgehend untätig und begnügt sich mit Absichtserklärungen

Transfer nach Italien löst Völkerwanderung aus

Kriege und Hunger, für die große Mehrheit jedoch die Hoffnung auf ein besseres Leben, sind für Millionen Menschen aus Afrika der Beweggrund ihre Heimat zu verlassen mit dem Ziel von Libyen über das Mittelmeer nach Europa zu kommen.



Illegale Migranten, durchwegs junge Männer aus Afrika, auf einem Schlepperboot vor dem Auslaufen an der Küste Libyens. Niemand hindert sie am Ablegen.

Allein in Libyen warten aktuell 1,2 Millionen Afrikaner auf den Sprung nach Europa. Und Millionen drängen nach.

Die deutsche BILD zitierte bereits vor Monaten aus einem Geheimpapier der deutschen Sicherheitsbehörden, das eine wahre Völkerwanderung befürchten lässt. Einige Zahlen daraus:

Allein in der Türkei befinden sich fast drei Millionen Menschen in Flüchtlingslagern.

In Jordanien sind es 600.000 Migranten, was, wie vor kurzem bekannt wurde, zu immer gefährlicheren Spannungen führt.

Viele Flüchtlinge stammen aus der Region Zentralafrika. Sie kommen u. a. über Mali und Niger nach Algerien und Libyen. Appelle aus Deutschland an Mali und Niger ihre Flüchtlingsrouten zu schließen und die Schlepperbanden zu bekämpfen gehen ins Leere.

Das Wissen im Millionenheer der Zuwanderungswilligen, dass nahe der Küste Libyens die Schiffe der Hilfsorganisationen, aber auch der EU-Grenzschutzorganisation „Frontex“ Menschen aus seeuntüchtigen Booten der Schleppermafia aufnehmen und nach Italien bringen, lässt den Massenzustrom zur Völkerwanderung werden.

Erstmals mahnende Worte von hohen Würdenträgern aus Afrika

Es ist falsche Humanität Millionen Menschen aus Afrika die Tore nach Europa zu öffnen. Mit dem Transfer der aus Seenot geretteten Migranten nach Europa werden falsche Hoffnungen auf ein schönes Leben in Europa geweckt, die nur für einen verschwindend kleinen Teil in Erfüllung gehen.

Erstmals versuchen hohe Würdenträger aus Afrika zu warnen mit dem Hinweis auf mörderische Strapazen, überfüllte Lager, Elend auf den Straßen und meist ein Abdriften in die Illegalität.

„Uns laufen die Menschen davon. Wir verlieren jeden Tag Bürger, die für uns die Zukunft sind“ mahnen bereits Bischöfe aus Afrika. Ein Würdenträger: Die Probleme in Afrika sind auch groß, Korruption, Kriege und Armut müssen gelöst werden. Solange die EU die Mittelmeer-Route nicht sperrt, gibt es weiterhin viele Tote. Je mehr Bootsflüchtlinge Europa aufnimmt, desto mehr sind unterwegs.“

Nur ein geringer Teil der Bootsflüchtlinge sind Kriegsvertriebene. Die Millionen vom Hungertod Bedrohten bleiben auf der Strecke

Wie setzt sich das Heer der Migranten zusammen? Die überwiegende Mehrzahl sind junge Männer aus Westafrika, Wirtschaftsflüchtlinge aus Nigeria, Guinea, Elfenbeinküste, Gambia und Senegal. Kriegsflüchtlinge aus Syrien sind nur äußerst selten an Bord.

Das an die Adresse der oft übereifrigen Hilfsorganisationen (NGOs), die zu Dutzenden mit ihren Schiffen Migranten aus seeuntüchtigen Schlauchbooten aufnehmen, um sie nach Europa zu bringen. Sie fördern damit das Schlepperunwesen, auch wenn sie das nicht wahrhaben wollen.

Die Millionen vom Hungertod in den afrikanischen Dürregebieten Bedrohten bleiben auf der Strecke. Sie haben nicht das Geld und

auch nicht die Kraft den oft mehrere Tausend Kilometer langen Weg zur Mittelmeerküste zu gehen um sich dort von skrupellosen Schleppern eine Passage nach Europa zu kaufen.

Wo bleibt hier der Aufschrei der NGOs um Hilfe für die Ärmsten der Armen.

Zwar leisten viele Hilfsorganisationen auch in den Hungergebieten Hilfe. Dennoch:

Wo bleiben Massenaufmärsche in Europas Großstädten mit dem Appell an die Mächtigen der Welt um Hilfe vor Ort, mit der Forderung nach weltweiter Milliardenhilfe in bisher noch nie dagewesenem Ausmaß.

Das wäre wahre Humanität!

78% der Österreicher für Schließung der Mittelmeer-Route Wie steht die Politik dazu?

Einer „Marketagent.com“-Umfrage zufolge sind 78% der Österreicher für die Schließung der Mittelmeer-Route.

Othmar Commenda, Generalstabschef des Bundesheeres, wurde kürzlich in der KRONE zitiert:

„Das technische Equipment für eine Einschränkung der Flüchtlingsrouten ist in vielen EU-Staaten vorhanden. Die Frage einer Einschränkung der Flüchtlingsrouten ist allerdings eine rein politische und keine militärische.“

Hier hat die Politik in Österreich akuten Handlungsbedarf. Wie stehen die Spitzenrepräsentanten dazu?



Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) tritt vehement für die Schließung der Mittelmeer-Route ein. Die Migranten sollten bereits an der Außengrenze gestoppt und versorgt werden, um anschließend ihre Rückkehr zu organisieren. Den Weitertransport der geretteten Bootsflüchtlinge nach Europa lehnt Kurz entschieden ab. Afrikanischen Staaten, die Migranten nicht zurücknehmen droht Kurz mit dem „Aus“ für Entwicklungshilfe.





Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) propagiert Verfahrenszentren mit Menschenrechtsstandards außerhalb der EU und spricht sich für verstärkte Rückführung aus. Illegale Migranten nach Europa müssen in diese Zentren zurückgebracht werden. Auch Bundeskanzler Chris-



tian Kern (SPÖ), der noch vor einigen Monaten die Schließung der Mittelmeer-Route als „Vollholler“ bezeichnet hatte (Siehe Beitrag Andreas Mölzer auf Seite 12) rudert nun zurück mit der Aussage: Mittelmeer-Route schließen – JA, aber nur wenn Österreich und die EU ihre Hausaufgaben beim Grenzschutz und in Afrika machen.

Österreichs größte Oppositionspartei, die FPÖ mit Heinz-Christian Strache an



der Spitze, tritt u. a. für die Schließung der EU-Außengrenze ein, will die Flüchtlingsobergrenze auf Null reduzieren und fordert einen Grundsatzbeschluss, dass nur noch christliche Flüchtlinge aufgenommen werden.

Lediglich die grüne Spitzenkandidatin Ulrike Lunacek bezeichnet die Forderung nach Schließung der Mittelmeer-Route als „absurd“, und spricht sich somit für weitere Massenzuwanderung aus.



KHD-Hauptversammlung fordert in Entschliebung

Totalstopp der illegalen Massenzuwanderung



Die dramatische Entwicklung der Flüchtlingsfrage erfordert den angekündigten Druck auf die EU endlich umzusetzen

Die EU setzt dem Massenansturm auf Europa nichts entgegen

Mehr als eine Million Afrikaner warten an der Küste Libyens auf die Überfahrt nach Europa, weitere 700.000 aus Somalia, Südsudan und Eritrea haben sich in Äthiopien in Bewegung gesetzt. Zusätzlich sind Millionen Afrikaner aus Kriegs- und Hungergebieten zur Immigration bereit.

Dem setzt die EU nichts entgegen. Die EU ist nicht willens ihre Außengrenzen am Mittelmeer zu schützen und ermöglicht dadurch tagtäglich Tausenden die illegale Überfahrt nach Europa. Die Tatsache, dass an einem einzigen Wochenende im Juni 13.000 illegale Migranten aus seeuntauglichen Booten von sogenannten NGOs gerettet, in Sizilien angekommen sind, zeigt dramatisch den Ernst der Situation auf. Bis zum Jahresende könnten es Militär-Prognosen zufolge bis zu 250.000 sein.

Angesichts dessen ist die EU noch eindringlicher und ultimativ zum unverzüglichen Handeln aufzufordern.

- Es sind alle verfügbaren Mittel zur endlichen Schließung der Mittelmeerroute einzusetzen. Dabei müssen der EU endlich Fristen gesetzt werden.
- Flüchtlingsboote sind möglichst schon in nordafrikanischen Häfen am Ablegen zu hindern. Auf See aufgebrachte Boote sind ebenso wie aus Seenot gerettete Flüchtlinge nach dem Vorbild Spaniens nach Afrika zurückzubringen. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen hat höchste Priorität.
- Die von der EU-Kommission angekündigte Aufteilung der Bootsflüchtlinge auf verschiedene EU-Staaten muss kritisch beurteilt werden. Damit würde das Problem nur verlagert, jedoch nicht beseitigt werden.
- Mit der unverminderten Aufnahme von Flüchtlingen handelt die EU in höchstem Maße inhuman. Die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer nach Europa kostet Tausenden Menschen das Leben. Hunderttausenden, zu mehr als 90% nicht integrierbaren Immigranten

wird verantwortungslos ein Leben in relativem Wohlstand suggeriert, der nur den Allerwenigsten erfüllt werden kann.

Daher ist ein Totalstopp und nicht bloß eine Reduzierung der illegalen Zuwanderung anzustreben.

- Begleitend dazu könnten Deutschland und Österreich mit einer radikalen Kürzung der Mindestsicherung den Anreiz nach Europa zu kommen deutlich reduzieren.

Angesichts der Dramatik der derzeitigen Situation bekräftigt die Hauptversammlung zusammenfassend nachstehende Forderungen der KHD-Führung

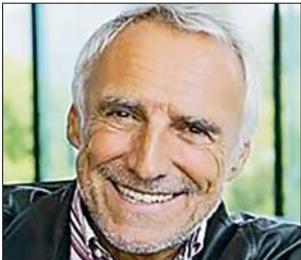
- Ein Totalstopp der illegalen Massenzuwanderung nach Europa ist nur möglich bei umfassendem Schutz der EU-Außengrenzen und bedingungslosem Kampf gegen die Fluchtursachen Krieg und Hunger. Auch diesbezüglich hat die Bundesregierung den Druck auf die EU massiv zu verstärken!
- Es gilt jetzt schon, und nicht erst in Zukunft den Menschen in den Kriegsgebieten Sicherheit durch Beendigung der Kriege zu geben sowie Bleibemöglichkeit mit einem raschen Wiederaufbau und damit Arbeit und Lebensqualität zu schaffen. In den Armutsländern gilt es den Hunger massiv zu bekämpfen.
- Das ist nur möglich mit dem Einsatz von Hunderten Milliarden Euro aus Mitteln einer Weltgemeinschaft vor Ort mit einem „neuen Marshallplan“ zur nachhaltigen Friedens- und Zukunftssicherung. Ehemalige Kolonialmächte haben Wiedergutmachung zu leisten. und die mit ihrem Reichtum protzenden Golfstaaten sollen endlich in muslimischer Solidarität ihren Brüdern helfen. Die dafür benötigten Milliardenkosten würden weitestgehend die in Europa für das Millionenheer der Migranten benötigten Kosten kompensieren.

Flüchtlingskatastrophe im aktuellen Überblick

Zitate, Kommentare, Fakten



Red-Bull-Chef Mateschitz spricht Klartext: „Ich widersetze mich jedem Meinungsdictat“



In einem seiner seltenen Interviews spricht Dietrich Mateschitz in der **KLEINEN ZEITUNG** zur Flüchtlingskrise das aus, was die

Masse der Bürger denkt.

Einige Zitate:

- „Ich bin Humanist, Kosmopolit, Pazifist und Individualist, der sich grundsätzlich jedem Meinungsdictat widersetzt. Auch wenn man sich damit in alle Richtungen verdächtig macht als Verschwörungstheoretiker oder Rechtspopulist ...“
- Ich rede über Fakten, und ich rede über Scheinheiligkeiten. Ich rede darüber, dass keiner von denen, die „Willkommen“ oder „Wir schaffen das“ gerufen haben, sein Gästezimmer frei gemacht hat oder in seinem Garten ein Zelt stehen hat, in dem fünf Auswanderer wohnen können ...“
- Mich stört zum Beispiel das unverzeihliche Ausmaß der politischen Fehleinschätzungen bei der Nichtbewältigung der Flüchtlingswelle oder, besser gesagt, der Auswanderungswelle ...“
- Ich glaube nicht, dass es ein klarer Ausdruck politischen Willens war, die Grenzen unkontrolliert offen zu lassen ... Man muss blind und taub gewesen sein, um nicht zu sehen, was da auf uns zukommt. Und

selbstverständlich hätte man die Grenzen schließen und ordentlich kontrollieren müssen ...“

- Es kann oder darf niemand an einer Destabilisierung Europas Interesse haben, an der Einzigartigkeit unserer Vielfalt, der Individualität, der verschiedenen Kulturen, Sprachen. Wenn einer der höchsten Beamten in Brüssel sagt, dass Staaten mit Monokulturen von der Landkarte ausgeradiert gehören, dann mache hoffentlich nicht nur ich mir Sorgen.

Aber es scheint schon so, dass sich niemand mehr die Wahrheit zu sagen traut, auch wenn jeder weiß, dass es die Wahrheit ist.“

Hilfsorganisationen (NGOs) im Mittelmeer im Fadenkreuz der Kritik

Vorweg: Ein Großteil der weltweit tätigen Hilfsorganisationen leistet hervorragende humanitäre Arbeit.

Das gilt für jene NGOs nicht, die derzeit mit Dutzenden Schiffen ausgestattet, vor der Küste Libyens kreuzen um alle Schwarzafrikaner, die illegal nach Europa kommen wollen zu ret-



Aus dem Mittelmeer gerettete Flüchtlinge nach ihre Ankunft in Italien.

Die Flüchtlingskatastrophe und die damit verbundenen Ängste der EU-Bürger sind nach wie vor das Spitzenthema in Europa.

Aus der täglichen Flut von Berichten in der Presse, im Fernsehen, im Radio und über die sozialen Netze, aus Kommentaren von Journalisten, von Experten und Politikern, haben wir nachfolgend nur einen Bruchteil zur Veröffentlichung ausgewählt, ohne damit eine Reihung nach Wichtigkeit oder Dringlichkeit vorzunehmen.

ten und nach Italien bringen. Wohl wissend, dass es Europa angesichts von Millionen Afrikanern ante portas nicht möglich ist, jeden, der auf der Suche nach einem neuen Leben ist, aufzunehmen.

Mit ihren täglichen Transferfahrten nach Europa mit Tausenden aus gekenterten Schlauchbooten der Schleppermafia übernommenen illegalen Migranten, werden nicht nur diese Kriminellen weiter gestärkt, sondern der Anreiz für Millionen nach Europa zu kommen ins Unermessliche gesteigert.

„Es werden viel, viel größere Ströme kommen“ prophezeit der Deutschland-Chef der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ Wenzel Michalski in einem Interview.

Die anerkannte Nahostexpertin Karin Kneissl warnt:

- „Viele NGOs haben ihre Unschuld schon längst verloren. Sie sind zu normalen politischen Akteuren geworden, die teils von mächtigen Milliardären finanziert werden, oder von Religionsgemeinschaften, sei es der wahabitische Islam oder so manche christliche Freikirche ... Im lukrativen Sektor der Mitleidsindustrie bleiben aber die eigentlichen Adressaten, ob nun Menschen, die Meere oder die Tiere, auf der Strecke.“

Die Rolle so mancher NGOs in den Mittelmeer-Rettungsmanövern, die nicht auf hoher See, sondern im Küstengewässer Libyens erfolgen steht auf dem Prüfstand.

In Italien liegen wegen des enormen Anstiegs des Flüchtlingsstroms die Nerven blank. Ein Verhaltenskodex mit elf Punkten für NGOs wurde aufgestellt, der diesen die Einhaltung



von Regeln auferlegt mit dem Ende der Kontakte zu Schleppern an der Spitze.

Auch wenn ein Teil der NGOs den neuen Verhaltenskodex nicht unterschrieben haben, berichten die SALZBURGER NACHRICHTEN Anfang August von einer Trendwende. Der stärkere Einsatz der libyschen Küstenwache unterstützt von zwei Schiffen der italienischen Marine habe zu einer Reduzierung der Neuankünfte von Flüchtlingen geführt.

Wirklich beendet wird der Massenzustrom jedoch erst mit der totalen Schließung der Mittelmeer-Route für illegale Zuwanderung. Offen nur mehr für legale Immigration und für Kriegsflüchtlinge nach den Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention.

73 % Auslandstürken stimmten für Erdogan, der Österreich beschimpft. Wo bleibt die Solidarität der in Österreich lebenden Türken mit ihrem Herbergsstaat?



KUKA SIMAY, 29, Studentin
„Hier für Erdogan zu kämpfen ist so, als würden Freilandhühner für Käfighaltung stimmen.“

Dem im Westen heftig kritisierten Verfassungsreferendum Erdogans stimmten 73,2% der wahlberechtigten Austro-Türken zu, in Deutschland waren es 63 %, somit deutlich höher als in der Türkei selbst, wo sich nur 51,4% dafür aussprachen.

Eine von vielen vom deutschen Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL zitierten deutsch-türkischen Stimmen lässt hoffen, auch für Österreich.

Das obwohl Erdogan dem „faschistischen“ Europa und somit auch Österreich massiv droht, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel „Nazi-Methoden“ vorwirft und sich offen für eine Islamisierung Europas ausspricht. Die Deutsche Presseagentur hat dazu in einer Pressevorlage Erdogan zitiert:

„Macht nicht drei, sondern fünf Kinder, denn ihr seid die Zukunft Europas. Das wird die beste Antwort sein, die ihr auf die Unverschämtheiten, Feindseligkeiten und Ungerechtigkeiten, die man euch antut, geben könnt. Von hier aus appelliere ich an meine Bürger und Brüder in Europa: Da wo ihr arbeitet und lebt, ist eure Heimat ...“

Die Zustimmung eines großen Teils der Austro-Türken für den türkischen Machthaber Erdogan und damit zu dessen europafeindli-



Während in der Türkei Zehntausende Regimegegner in Gefängnissen sitzen, nutzen Türken in Deutschland und Österreich ihre Demonstrationsfreiheit ungehindert aus.

chen Aufrufen lässt erschrecken. Umso mehr muss nun an jene Austro-Türken appelliert werden, die Erdogan nicht unterstützt haben oder der Wahl ferngeblieben sind, ein offenes Bekenntnis zu Österreichs abzugeben, an deren demokratischen und sozialen Errungenschaften sie teilhaben können.

Dazu noch ein Zitat des deutsch-libanesischen Islam-Kritikers Imad Karim, aus einem KURIER-Interview vom 17. Juni 2017:

„Wir Migranten begreifen eine gelungene Integration als Bekenntnis zu diesem Kulturkreis und seinen Werten. Das schulde ich der Freiheit und den kommenden Generationen.“

Eine neue Studie über die 700.000 in Österreich lebenden Muslime mit zum Teil erschreckenden Ergebnissen



Muslime genießen bei uns Demonstrationsfreiheit.

Am 10. August wurde eine Studie der Donau-Universität Krems unter der Leitung von Politikwissenschaftler Peter Filzmaier über das Weltbild der Muslime und deren Werte veröffentlicht.

Es gibt zwar Unterschiede zwischen schon lange in Österreich lebenden Muslimen und erst vor kurzem bei uns angekommenen Flüchtlingen. Ebenso gibt es Unterschiede zwi-

schen Ländern mit strenggläubigen Muslimen wie Somalia und toleranteren wie etwa im Iran.

Einige Details:

- Mehr als die Hälfte der männlichen Flüchtlinge verweigern den Handschlag mit Frauen.
 - Ein Viertel der Flüchtlinge will auch islamisches Recht, die Scharia, neben dem österreichischen Recht.
 - Eine Mehrheit tritt für muslimische Ehepartner ein.
 - 60% der Flüchtlinge und 59% der Türken finden, dass es verboten werden sollte, sich über den Islam öffentlich lustig zu machen.
 - Alarmierend die Meinung über Juden. 54% der Türken sind der Meinung, dass die Juden zu viel Macht weltweit hätten.
 - Knapp 60% der Flüchtlinge und der Türken finden, dass es verboten sein sollte sich über den Islam lustig zu machen.
 - Erschreckend ist, dass 36% der Flüchtlinge und 28% der Türken Familienehre mit Gewalt(!) verteidigen würden.
- Dazu Außenminister Sebastian Kurz:
„Ich sehe mich bestätigt in meiner Haltung, die Migration massiv zu reduzieren. Insbesondere von bildungsfernen Menschen aus anderen Kulturkreisen.“

Zunehmende Islamisierung Österreichs bei abnehmender Zahl der Christen. Bis 2046 könnte sich die Zahl der Muslime auf fast 21% verdreifachen

Eine Anfang August veröffentlichte Studie



Ein alltägliches Bild in Europas Großstädten.

des „Vienna Institute of Demographie“ dokumentiert die rasch ansteigende Zahl der derzeit bereits rund 700.000 Muslime. Das sind 8% der Bevölkerung.

Tendenz bei geringer Zuwanderung bis 2046 Zunahme auf 12% und bei starker Zuwanderung Zunahme auf 21%. Die Zahl der Christen sinkt 64% heute auf nur mehr 42% in dreißig Jahren.

Dramatisch sieht es in Wien aus. Derzeit stehen 14% Muslime 35% Christen gegenüber. Bei starker Zuwanderung bilden die Muslime mit 30% bereits die Mehrheit gegenüber den Christen mit nur mehr 22%.

Bezeichnend ist die steigende Zahl der Konfessionslosen.

Aber nicht nur in Österreich steigt die Zahl der Muslime stetig an. Einem Bericht des renommierten Gastone Institute zufolge wandelt sich das Bild der Hauptstadt London stetig, wo seit 2001 rund 500 Kirchen geschlossen wurden, es aber gleichzeitig 500 neue Moscheen gibt.

Mittlerweile findet die muslimische Scharia in weiten Teilen des Landes Anwendung auch weil sich führende, auch kirchliche(!) Persönlichkeiten offen dafür aussprechen. In London existieren bereits 100 offizielle Scharia-Gerichte

Großbritanniens Großstädte werden zunehmend muslimisch mit durchschnittlich mehr als 20% Moslemanteil.

London hat seit einem Jahr einen muslimischen Bürgermeister.

Weltweit werden bereits im Jahr 2035 Moslems die Christen überholen.

Diese alarmierenden Zahlen fordern zum Handeln auf. Österreich kann zwar die rasante weltweite Islamisierung nicht verhindern.

Wohl jedoch können wir in unserem Land die Notbremse ziehen. Und da ist die Politik aufgerufen, die als notwendig erkannte massive Reduzierung der Massenzuwanderung mit Ziel Totalstopp auch ohne Aufschub umzusetzen und dazu bedarf es den Druck auf die EU noch weiter zu verstärken.

Weitere noch nicht absehbare Auswirkungen: Recht auf Familiennachzug für anerkannte Flüchtlinge

In einem großen „Asyl-Report“ bezeichnet das größte Massenblatt Deutschlands, die BILD, den Zuzug von 1,3 Millionen Migranten innerhalb von 2 Jahren als „größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung“ und zitiert Innenexperte Hans-Peter Uhl (CSU):

„Die Auswirkungen werden Deutschland auf Jahrzehnte prägen und sind in ihrem Umfang noch nicht vorhersehbar.“

Einem „internen Dokument“ der Bundesregierung zufolge kostete die Flüchtlingskrise allein 2016 dem Bund 22 Milliarden Euro.

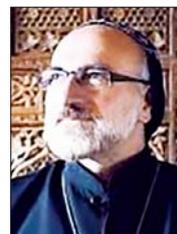
Zu weiteren unvorhersehbaren Problemen wird das Recht auf Familiennachzug, das allen Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten zusteht. Dem zitierten Bericht der Deutschen Bundesregierung zufolge, haben nahezu alle(!) Syrer, die 2016 einen Asylantrag gestellt haben, nämlich 267.500, das Recht Familienangehörige nachzuholen. Gegenüber der Deutschen Presse Agentur befürchtet Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) dass sich allein dadurch die Zahl der Syrer im Land in etwa verdoppeln könnte.

Auch Österreich sollte sich auf diese zu-

sätzlichen Herausforderungen rechtzeitig einstellen.

Christenverfolgung weiterhin ungebremst: Nach dem katholischen Oberhaupt von Bagdad richtet nun der syrische Bischof Gürbüz Hilferuf an den Westen

Anfang dieses Jahres hat der katholische „Patriarch von Babylon“ Lois Raphael Sako in einem dramatischen Appell an den Westen gefordert: „*Stoppt die Ermordung der Christen im Nahen Osten*“.



Anfang Juni richtete sich nun der syrisch-orthodoxe Bischof für die Schweiz und Österreich Dionysos Isa Gürbüz über den „TAGES-ANZEIGER (Zürich) an die europäische Öffentlichkeit. Daraus ein Auszug:

„Der Islam hat seit seiner Gründung vor 1.300 Jahren das Ziel, Christen aus dem Mittleren und Nahen Osten zu vertreiben.

Der Genozid an den Christen hat im 7. Jahrhundert im Dunkeln angefangen. Heute findet er im Scheinwerferlicht der Medien statt. Auch in den kommenden Jahren wird im Mittleren Osten der „Geist des Terrors“ regieren.

Es ist naiv zu glauben, dass sich die muslimischen Flüchtlinge in Europa anpassen und mit den Christen in Frieden zusammenleben würden. Was heute im Nahen Osten geschieht, wird auch hier in Europa passieren.“

Gürbüz beteuert, er wolle nicht zum Hass aufrufen, er wolle nur aufzeigen. Er wünsche sich, dass die zwei Millionen Christen im Nahen Osten an einem sicheren Ort in Syrien oder im Libanon eine Schutzzone unter dem Mandat der UNO erhalten.

Gürbüz betreut rund 10.000 syrisch-orthodoxe Gläubige in der Schweiz und 4.000 in Österreich.

Obwohl heute die Verfolgung der Christen nicht im Geheimen, sondern „im Scheinwerferlicht der Medien“ (Gürbüz) stattfindet, obwohl in Ägypten Kirchen gesprengt, im Irak und in Pakistan Schergen der IS Jagd auf Christen machen, Muslime in Nigeria der christlichen Volksgruppe der Igbo mit Krieg drohen und obwohl im größten muslimischen Land der Erde in Indonesien die Christen mehr und mehr massiv unter Druck geraten, verhalten verzweifelte Hilferufe zumeist ungehört und auch in Rom läuten nicht die Alarmglocken. Wann werden diese Hilferufe endlich in christlicher Solidarität aufgegriffen und mit ganzer Kraft unterstützt werden?

Heimatdienst fördert Jugendprojekte



Der KHD ermöglichte auch heuer wieder politisch besonders interessierten Kärntner Jugendlichen mit Begleitpersonen den Besuch des Europaparlaments. Im Bild auf der Besuchergalerie Ende März 2017.

Als gemeinnütziger Verein unterstützt der Kärntner Heimatdienst kreative Arbeit unserer Kärntner Jugend. Das ist im Vereinsprogramm besonders hervorgehoben. Seit einigen Jahren fördert der KHD im Einvernehmen mit dem Kärntner Landesschulrat Schüler- und Jugendtheaterfestivals sowie den alljährlich stattfindenden Europaquiz an Kärntner Schulen.

Materielle Unterstützung liefert der KHD dem Schülerlandtag in Form von Drucken und Binden der Geschäftsordnung und der Anträge. Der Feuereifer mit dem die Schülerinnen und Schüler bei der Sache sind, ist für den KHD Anreiz diese Unterstützung auch künftig zu leisten.

Politische Bildung – Europa Quiz. KHD spendet Brüssel-Reise

Am 7. März nahmen am Alpen-Adria-Gymnasium Völkermarkt die Schulsieger aus rund 50 Kärntner Schulen am Landesbewerb Europa Quiz teil.

Die Siegerinnen und Sieger wurden vom Kärntner Heimatdienst als Anerkennung für ihre Leistungen zu einer Reise in das Europaparlament nach Brüssel eingeladen. Neben Brüssel lernten die Schüler auch die berühmten belgischen Städte Brügge und Gent kennen.

Ein Besuch im Verbindungsbüro Kärnten in Brüssel, die Erkundung des Besucherzentrums Parlamentarium, die Teilnahme an einer Sitzung der Digital Europe Working Group und ein ausführliches Gespräch mit EU-Abg. Eugen Freund samt anschließender Führung im Europäischen Parlament standen auf dem Pro-

gramm. Mit großem Interesse haben die Schülerinnen und Schüler an all diesen Veranstaltungen teilgenommen und sich bei Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit erstaunlichem Engagement selbst inhaltlich sehr versiert und oft auch kritisch eingebracht.

In den von Prof. Günter Walko bestens vorbereiteten und geleiteten Stadtführungen wurden einige Hauptsehenswürdigkeiten der Zentren von Brüssel, Brügge und Gent kennengelernt. Diese konnten in der freien Zeit auch noch selbständig erkundet werden. Natürlich durfte neben dem Bestaunen der Sehenswürdigkeiten auch der Genuss von guter belgischer Schokolade, Waffeln und Fritten nicht zu kurz kommen. Bei den gemeinsamen



Die Landessieger mit Begleitpersonen im Kärntner Verbindungsbüro in Brüssel.

Unternehmungen, den Abendessen und den Reflexionsgesprächen an der Hotelbar sind in kürzester Zeit neue Freundschaften entstanden. Diese Reise war für alle Beteiligten ein voller Erfolg und wird allen ganz sicher in bester Erinnerung bleiben.

Schüler und Jugend Theaterfestival. KHD spendet Publikumspreis



Im Rahmen eines Festivals wurden am 9. Juni 2017 im Schloss Porcia in Spittal an der Drau die besten Bühnenstücke von Kärntner Schulen präsentiert.

KHD-Obmann Josef Feldner, der den Preisträgern den Publikumspreis des Heimatdienstes überreichen konnte, drückte in seiner kurzen Ansprache an die Jugend seine Freude über die hohe Beteiligung am Theaterwettbewerb aus. Das dabei gezeigte Niveau beweise eine ausgeprägte Kreativität auch im künstlerischen Bereich.

Wenn der Fantasie in diesem Bereich keine Grenzen gesetzt sind, wie in unserem demokratischen Österreich, dann ist das keine Selbstverständlichkeit, betonte Feldner und appellierte an die Jugend, stets daran zu denken, dass Freiheit leider oft erst dann geschätzt werde, wenn sie verloren gegangen ist, wie in der schrecklichen Zeit des nationalsozialistischen Gewaltregimes und wie das auch heute in Ländern der Fall ist, wo Menschen in Unfreiheit leben und unter Terror leiden müssen.

Bitte um Ihren freiwilligen Beitrag zur Stärkung unserer gemeinnützigen Arbeit

Überparteilich und gemeinnützig. Dieser Aufgabenstellung entsprechend unterstützt der KHD seit Jahren auf vielfältige Weise Projekte unterstützungswürdiger Vereine und Gruppierungen. Traditionsbewusstsein und Zukunftsorientierung sind für uns kein Widerspruch.

Tätigkeitsbericht mit Beispielen aus unserer Unterstützungsarbeit

Eine Auswahl aus dere Zeit vom September 2016 bis August 2017

Öffentlichkeitsarbeit, Kultur- und Informationsveranstaltungen, Opfertagen, eine kleine Auswahl



Gemeinsames Abstimmungsgedenken in Völkermarkt. Erstmals nahm ein Traditionsträger unserer ehemaligen Gegner (Bild Mitte) teil. Ein großer Schritt hin zur Versöhnung.



KHD-Delegation gedenkt der gefallenen Kärntner Abwehrkämpfer.



Mai 2017: Gedenken in Liescha an die Kärntner Partisanenopfer.



Nach gemeinsamen Gedenken an die slowenischen NS-Opfer gedenken die Teilnehmer auch der österreichischen Weltkriegsopfer am Zentralfriedhof in Laibach.



Informationsveranstaltung Plattform/KHD über Kärntner Landsleute im italienischen Kanaltal dessen deutsche Minderheit vielen Kärntnern noch zu wenig bekannt ist.

Öffentlichkeitsarbeit – Unsere Zeitungen



KHD fördert deutsche Volksgruppe in Slowenien, Italien und Slowakei



Der KHD hat die Deutschen Kulturvereine in Slowenien heuer bereits mit 14.000 Euro gefördert. Die beiden Kanaltaler Kulturvereine in Kärnten und in Italeien erhielten insgesamt 5.000 Euro. Eine Spende für Ferienaufenthalt deutschsprachiger Kinder in der Höhe von 800 Euro ging auch in die Slowakei.

Bezahlte Einschaltungen und zahlreiche Pressemitteilungen



Jugendförderung, Unterstützung von Schulprojekten



Der KHD ermöglichte den Landessiegern Europa Quiz eine Reise zum EU-Parlament in Brüssel. Namens des KHD konnte Obmann Feldner den Siegern des Schüler und Jugendtheaterfestivals 500 Euro als Publikumspreis überreichen.

Liebe Förderer des KHD: Nur DANK EURER HILFE

und dank einer uns vor Jahren zugeflossenen großzügigen Zuwendung von privater Seite sind wir in der Lage, unsere Öffentlichkeitsarbeit für Versöhnung und Verständigung sowie gemeinnützige Projekte zu finanzieren. Da unsere Mittel aber nicht unerschöpflich sind, bitten wir Sie, unsere Arbeit im Dienste der Allgemeinheit im Rahmen Ihrer Möglichkeiten weiterhin mit einem freiwilligen Beitrag zu unterstützen
Vielen Dank allen unseren FÖRDERERN,
die oft schon seit vielen Jahren mit der laufenden Überweisung ihres freiwilligen Beitrags unsere Arbeit ermöglicht haben!